

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944
1918

319 (12.7.1918) Mittagausgabe

Erscheint täglich 2 mal.

Mittag-Ausgabe.

Verbreitete Zeitung Badens.

Bezugs-Preise:

Ausg. A ohne "Blatt. Weltkrieg"	10 Pf.
Ausg. B mit "Blatt. Weltkrieg"	12 Pf.
In Karlsruhe: Ausgabe A	11 Pf.
Im Verlage abgebürt 1.12. 1.22	1.25 1.45
In d. Zweigstellen -	1.25 1.45
bei uns Haus ge- liest: bei Ab- holung a. Posthalter 1.12. 1.38	1.25 1.45
Durch d. Briefträger	1.26 1.57
zgl. 2mal ins Haus	1.26 1.57
Einzel-Zimmer . . .	10 Pf.

Geschäftsstelle:
König- und Lammstr. 6a, nächst
Kaiserschule und Marktplatz.

Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.

Weitauß grösste Bezieherzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Nr. 319.

Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86.

Karlsruhe, Freitag den 12. Juli 1918.

Telefon: Redaktion Nr. 309.

34. Jahrgang.

Nordische Friedenspropaganda.

Von unserem Korrespondenten.

Δ Kopenhagen, 8. Juli. Es ist allgemein bekannt, dass in den nordischen Ländern, wie überhaupt in allen neutralen Gebieten der Erde, sofort beim Kriegsausbruch eine Vergiftung der öffentlichen Meinung zu Gunsten Deutschlands seitens der amtlichen und nichtamtlichen Verleumdungsstellen der Entente, insbesondere Englands, stattfand, und das es dann nur gelang, den ohnehin schon im voraus in einheitlicher ententefreudlicher Richtung vorbereiteten Boden Standiniens weiter darart zu bearbeiten, dass die deutschfeindliche Stimmung sehr bald alle Bevölkerungskreise erfasste. Räumlich war dies in Norwegen und Dänemark der Fall; in Schweden ließen sich zwar die konserватiven und gemäßigt-liberalen Bevölkerungselemente und vor allem die Offiziers- und Beamtenkreise, welche während des ganzen Weltkrieges ihren germanischen Stammmesenjos auf der Seite der Entente standen, der Brunnengiftung der Entente, politischer und der englischen Preisenzentralen nicht annehmen; dafür waren aber die schwedischen Sozialdemokraten und Radikalen der deutschfeindlichen Agitation um so leichter zugänglich.

Seit einiger Zeit lässt sich aber in Standiniens doch hinsichtlich der Bevölkerung der Volksmeinung durch die Nachrichtenquellen des Weltverbands ein Umschwung zum Besseren feststellen. Dies hängt mit zweierlei Tatsachen zusammen: einerseits haben sich allzuviel der Ententenachrichten, die im Dienste der deutschfeindlichen Agitation über den Norden verbreitet wurden, nachträglich als unzutreffend erwiesen, so dass man sich späteren Vergiftungsversuchen gegenüber nochmehr zu verhüten gelernt hat, und andererseits haben die wichtigsten insbesondere England und Amerika — durch Belebung ihrer standinischen Freunde für eine sehr erhebliche Ablösung der nordnordeuropäischen Sympathien gesorgt. Man denkt nur an die anfangs durch die rücksichtlose Durchführung der überseitischen Sperrte, an die „Uebernahme“ eines großen Teiles des standinischen Schiffsraumes seitens der britischen und nordamerikanischen Regierung, an den Raub der von Dänemark und Schweden geräumten islandischen Wölfe durch die Engländer, an die Unterbrechung der Handels- und Postverbindung zwischen Dänemark und Island durch die englischen „Götter“ u. a. m.! Derartige Füße müssen sich auch dem Bewusstsein der ententefreudlichen Nordländer einprägen. Es wäre zwar zu viel gesagt, wollte man behaupten, dass unter den standinischen Völkern bereits eine Neutralisierung der Stimmung sich vollzogen habe; aber zweifellos sind in allen drei nordischen Ländern, auch in Norwegen, wo — wegen der Verluste, die durch deutsche Tauchboote angegriffen der norwegischen Handelsflotte zugefügt wurden — die deutschfeindlichkeit noch am größten ist, weite Kreise einer verständnisvoller und objektiveren Beurteilung der Weltlage zugänglich geworden.

Dies ist an sich schon eine erfreuliche Tatsache. Noch bemerkenswerter sind aber die Bestrebungen, die von einflussreichen und angesehenen standinischen Persönlichkeiten auf die Bekämpfung der läufigen Propaganda, die von kriegsführenden Großmächten im Dienste der Kriegspolitik fortgesetzt noch getrieben wird, gerichtet sind. Man ist im neutralen Norden immer mehr zu der Überzeugung gekommen, dass das Verlangen nach Herbeiführung eines ehrlichen Friedens in allen kriegsführenden Völkern neue Wurzeln verankert und dass der Abschluss des unglücklichen Krieges in Wirklichkeit nicht gezeigt, wollte man behaupten, dass unter den standinischen Völkern bereits eine Neutralisierung der Stimmung sich vollzogen habe; aber zweifellos sind in allen drei nordischen Ländern, auch in Norwegen, wo — wegen der Verluste, die durch deutsche Tauchboote angegriffen der norwegischen Handelsflotte zugefügt wurden — die deutschfeindlichkeit noch am größten ist, weite Kreise einer verständnisvoller und objektiveren Beurteilung der Weltlage zugänglich geworden.

Die deutsche Antwort, durch die, wie Hertling sagt, die Reichspolitik bis zum heutigen Tage programmatisch festgelegt ist, ging auf Einzelheiten nicht in dem Maße wie die Papstnote ein, jedoch befasste sie die vor dem Kriege und auch während des Weltkrieges beständige Friedensliebe der deutschen Politik, scheidet die Entstehung des Krieges verhältnisweise einer „unheilsamen Verletzung von Verhältnissen“ zu und bezeichnete nebst der Papstnote selbst auch die Friedensentschließung vom 19. Juli als eine der brauchbaren Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden. Den Gedanken der Rüstungsminderung, des zwischenstaatlichen Schiedsverfahrens und der Meeresfreiheit wird zugestimmt. Endlich wird die Hoffnung ausgesprochen, dass auch die Gegner in der Papstnote eine geeignete Grundlage zu finden vermögen Friedensverhandlungen aufzunehmen. Zugleich erinnert der Kanzler an seinen von der Reichstagsmehrheit gebilligten Erklärungen vom November 1917.

Nach dem allen kann man die Kriegspolitik des Kanzlers etwa folgendermaßen kennzeichnen: Verharren bei den mehr allgemeinen Grundsätzen der Antwort auf die Papstnote, der Zustimmung also zu den Gedanken der Abrüstung und des Schiedsgerichts, die mittelbar in der Antwort auf die Papstnote als „geeignete Grundlage“ späterer Verhandlungen bezeichnet werden; Ausdruck der Bereitschaft, die anderen Vorschläge dieser Note mit den Gegnern zu erörtern, vorausgesetzt, dass auch diese für das bereit zeigen. Grundätzlich: unsere Bereitschaft, über jedem wirklich ernsthaften Friedensvorschlag der Gegner zu verhandeln. Dieser letzte Grundtag erhält dadurch besonderes Gewicht, da über seine Gültigkeit die Reichsregierung mit der Obersten Heeresleitung vollkommen einig zu sein erklärt.

Die Kanzlererklärung im Reichstags-Hauptausschuss.

Die Kanzlerpolitik.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

■ Berlin, 12. Juli. Zwei bis drei Tage lang stand die deutsche Öffentlichkeit vor der Frage, ob der Wechsel im Auswärtigen Amt sich zur Regierungskrise auswachsen werde. Der Leiter der deutschen Auslandspolitik hatte, wenn nicht unverwagt, so doch zu einem überaus fröhlichen Zeitpunkt, sein Amt niedergelegt. War das aus Gründen anderer als persönlicher Art geschehen, so müsste man trotz aller Beleidigungssachen glauben, dass der Wechsel, den Kühlmann antrat, sich auch gegen die Politik des Kanzlers richtete. Eine neue Darlegung dieser Politik, die zugleich Verklärung des Vergangenen und Bürgschaft für die Zukunft sein musste, war unerlässlich.

Diese hat jetzt Graf Hertling in seinem Hauptausschuss des Reichstags gegeben. Seine Erklärung bemüht sich um den Nachweis, dass die Kanzlerpolitik vor allem den Erfordernissen einer durch keinen Personenschwund körbaren Stetigkeit genügt. Der Kern dessen, was von des Kanzlers Rede veröffenlicht werden kann, ist die Berufung auf die Friedensnot des Papstes vom 1. August vorigen Jahres. Die Friedensbereite Geistigkeit, die diese Antwort befehlt hat, beeindruckt auch mich. Aber ich habe hinzugefügt, meine Herren, dass die Friedensbereite Geistigkeit nicht den Feinden einen Freisbrief geben darf zur unabsehbaren Fortsetzung des Krieges.

Meine Herren! Was haben wir nun aber erlebt? Während an unserer Bürgschaft, zu einem ehrwerten Frieden die Hand zu reichen, seit Jahren gar nicht gezwischt werden kann, habe ich mir bis in die letzten Tage hinein die aufreizenden Reden jener Staatsmänner gehört. Meine Herr

Wilson will den Krieg bis zur Vernichtung, und was Herr Wilson gesagt hat, muss jedem Deutschen wirklich die Sorgenröte in das Gesicht treiben. Wir haben doch ein Gefühl für die Ehre unseres Vaterlandes, wir können uns nicht öffentlich und unangemessen auf diese Weise beschimpfen lassen. Und zwar steht

hinter dieser Beleidigung der Vernichtungswille. Solange die-

re Geistigkeit besteht, meine Herren, müssen wir mit unserem treuen Volke ausharren. Ich bin auch überzeugt, ich weiß es,

dass in den weitesten Kreisen unseres Volkes allüberall der erste Wille besteht: Solange der Vernichtungswille

besteht, meine Herren, müssen wir mit unserem treuen Volke ausharren. Ich bin überzeugt, ich weiß es, dass in den weitesten Kreisen unseres Volkes fast überall der erste Wille be-

steht: Solange der Vernichtungswille der Feinde besteht,

müssen wir durchhalten und werden wir durchhalten im Ver-

trauen auf unsere Truppen, im Vertrauen auf unser Herrscher-

und auf unser Heer, das diese schwere Zeit mit ihren großen Entbehrungen und fortgesetzten Opfern so wunderbar erträgt.

Also an der Richtung der Politik wird nichts geändert. Denn, meine Herren, auch das muss ich sagen: Wenn sich zum trost dieser feindseligen Neuerungen dieser Staatsmänner irgendwo ernsthafte Anregungen für

die Anbahnung eines Friedens

oder auch nur die ersten Schritte zu dieser Anbahnung zeigen würden, dann würden wir ganz gewiss uns nicht ablehnend verhalten, sondern wir würden diesen ernstgemeinten — ich sage ausdrücklich ernstgemeinten — Anregungen sofort mit allem Ernst naßgehen. Natürlich genügt es nicht, wenn dieser oder jener Agent kommt und sagt: „Ich kann da und dort Friedensbesprechungen herführen“, sondern es kommt darauf an, dass berufene Vertreter der feindlichen Mächte und ausdrücklich autorisiert von ihrer Regierung, zu verstehen geben, dass Besprechungen möglich seien, Besprechungen zunächst natürlich in kleinen Kreise. Aber, meine Herren, die Staatsmänner, die bisher gejagt haben, haben von derartigen Möglichkeiten nichts gesagt. Wenn solche Möglichkeiten sich zeigen, wenn eine ernste Friedensneigung auf der anderen Seite hervortritt, müssen wir darüber sehr ernsthaft denken. Dieser letzte Grundtag erhält dadurch besonderes Gewicht, da über seine Gültigkeit die Reichsregierung mit der Obersten Heeresleitung vollkommen einig zu sein erklärt.

Meine Herren, ich lasse Ihnen auch sagen, dass dieser Standpunkt nicht etwa nur mein Standpunkt ist, sondern dass dieser Standpunkt auch von der Obersten Heeresleitung ausschließlich geteilt wird. Denn auch die Oberste Heeresleitung führt den Krieg nicht um des Krieges willen, sondern auch

die Oberste Heeresleitung

hat mir gesagt: Sobald ein ernster Friedenswillen sich auf der anderen Seite beweisbar macht, müssen wir der Sache nachgehen.

Nun wird es die Herren interessieren, wie sich von diesem Standpunkt aus gewisse Probleme darstellen, die die Gegenwart uns aufdrängt. Es haben über diese Fragen am 1. und 2. Juli im Großen Hauptquartier unter dem Befehl Seiner Majestät des Kaisers eingehend Besprechungen stattgefunden.

Ja, dann natürlich nur ganz allgemein die Richtlinien hier angeben, die damals festgestellt wurden. Also zunächst

bezüglich des Ostens:

Meine Herren, wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk und wollen diesen Frieden in loyaler Weise

ausgeschöpft sehen. Das ist der Willen der deutschen Reichsleitung

und darin wird sie unterstützt von der Obersten Heeresleitung.

Aber, meine Herren, die Schwierigkeiten der Ausführung des Friedens von Brest-Litowsk liegen nicht auf unserer Seite,

sondern diese Schwierigkeiten liegen darin, dass, wie Sie wissen, die Verhältnisse in Russland noch so außerordentlich unsicher sind. Wir sind geneigt, meine Herren, an die Loyalität

der russischen Regierung uns gegenüber zu glauben, wir sind insbesondere geneigt, an die Loyalität des Vertreters der russischen Regierung hier in Berlin zu glauben. Aber meine Herren, wir werden nicht so unbedingt annehmen können und dürfen, dass die gegenwärtige russische Regierung auch die

Die ungarische Wahlreform.

WTB. Budapest, 11. Juli. (Nicht amtlich.) Die Gesetzesvorlage über die Wahlreform wurde mit großer Mehrheit als Grundlage der Einzelberatung angenommen. Vor Schluss der Erörterungen ergriff Ministerpräsident Dr. Wekerle das Wort und sagte:

Im Verlaufe der Beratungen sei es zu Tage getreten, dass die Wahlreform in diesem Hause nicht in dem Umfang durchgesetzt werden könne, wie die Regierung es beabsichtigt habe. Er habe es jedoch vermieden, zur Ablösung zu schreiten, weil die die Ablösung infolge der Wahlkämpfe verlängerte und die Wahlreform um mindestens ein Jahr hinauszögern würde. Der Ministerpräsident wies darauf hin, dass die jetzige Vorlage immerhin bedeutsame Fortschritte aufweist. Auch werde infolge der in der Vorlage enthaltenen Bestimmungen die Zahl der Wähler sich automatisch vermehren. Das Frauenwahlrecht habe der Ausschuss abgelehnt, doch wurde die Regierung in der Einzelberatung eine besondere Abstimmung beantragt.

Der Ministerpräsident erklärte schliesslich, er habe schon aus dem Grunde den Vermittelungsvorschlag angenommen, weil immerhin die

habe ich die damals gegebenen Zusagen, soweit als es in meinem Willen lag, vollkommen eingelöst und ich werde dafür eintreten, dass auch die weitere Ausführung der von mir gemachtten Zusagen erfolgt und etwaige Hindernisse mit Energie

Eigentum und Verlag von

Ferd. Thiergarten.

Chefredakteur: Albert Herzog.

Berantwortlich für den Textteil:

Anton Rudolph; für den Ange-

genteil A. Kinderspäder, sämtl. in

Karlsruhe i. B.

Becker-Berretung: Berlin W 10

Zeitung: 30 Pf.

Die Illustrierte 1 Mk., Illustrierte

außerdem 20% Erhöhungszuschlag.

Bei Abholungen kostet der Abholer die Rücksendung des Pakets, bei geschickten Versendungen und bei Konferenzen

zuerst 10 Pf.

Postkarte: Karlsruhe Nr. 8359.

Auzeigen:

Die Beigabe, Coloniezeitung 30 Pf.

Die Illustrierte 1 Mk., Illustrierte

an 1. Stelle 1.25 Mk. die Zeile,

außerdem 20% Erhöhungszuschlag.

Bei Abholungen kostet der Abholer die Rücksendung des Pakets, bei geschickten Versendungen und bei Konferenzen

zuerst 10 Pf.

Postkarte: Karlsruhe Nr. 8359.

Macht hat, die uns gegebenen loyalen Zusagen überall durchzuführen.

Wir wollen durchaus der jetzigen russischen Regierung keine Schwierigkeiten machen. Wir stellen uns auf den loyalen Boden des Friedens von Brest-Litowsk und tun, was wir können, um diesen Frieden auszuführen. Aber wie die Zustände sind, meine Herren, gibt es unaufhörlich Verwicklungen, unaufhörlich Reibungen an den Grenzgebieten, unaufhörlich Uebergänge dieser oder jener kleinen Heeresgruppe. Aber ich wiederhole unser Prinzip: Wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk und wir wollen den Frieden loyal ausführen, wir wollen mit der gegenwärtigen russischen Regierung loyal verhandeln.

Sie also, meine Herren, stehen noch unter dem Eindruck des

furchtbaren Verbrechens in Moskau,

des Attentates, das an unserem Geländern dort verübt worden ist — eine völkerrechtswidrige Tat, wie sie ärger nicht zum Himmel schreien kann. Alle Spuren deuten darauf hin, daß die schändliche Tat auf Anregung der Entente geschehen ist, um uns mit der jetzigen russischen Regierung neuerdings in Krieg zu verwickeln —, ein Zustand, den wir aufs eifrigste vermeiden wollen.

Wir wollen keinen neuen Krieg mit Russland. Die jetzige russische Regierung will den Frieden und braucht den Frieden, und in dieser friedenegeigneten Absicht unterstützen wir sie. Auf der anderen Seite, meine Herren, ist ja auch wahr, daß sehr verschiedenartige politische Strömungen durch das russische Reich hindurchgehen, Bestrebungen, der verschiedensten Art: monarchistische Bestrebungen, Bestrebungen der Kadettenpartei, Bestrebungen der sogenannten rechten russischen Sozialrevolutionäre usw. Meine Herren, ich sage: Wir stehen so, daß wir loyal mit der jetzigen russischen Regierung verhandeln, daß wir nichts unternehmen, was die russische Regierung in ihrer Stellung schädigen könnte, daß wir aber unsere Ohren und unsere Augen offen halten, um uns nicht durch eine plötzliche Umwandlung der dortigen Verhältnisse ins Unrecht setzen zu lassen oder überraschen zu lassen.

Ich kann nur an das Wort erinnern, das einmal Gortschakoff gesprochen hat: „Wir sind stumm, aber wir sind nicht taub.“ Wir lassen uns mit gar keinen politischen Gegenströmungen ein, aber wir horchen aufmerksam, wohin die Richtung in Russland geht.

Das ist der Standpunkt, den ich einnehme, das ist der Standpunkt, über den auch bei den Begegnungen am 2. Juli im Großen Hauptquartier die vollste Klarheit und das vollste Einverständnis zwischen allen Beteiligten erzielt worden ist. Ich kann sagen, daß der Herr Staatssekretär von Kühlmann, der selbst bei diesen Begegnungen nicht anwesend war, — das Auswärtige Amt war aber durch den Ihnen wohlbekannten Herrn v. Rosenberg, der ja der Gesellschafter und die sachverständige Stütze des Herrn v. Kühlmann in Brest-Litowsk und in Bursat gewesen ist — mit diesem Standpunkt vollkommen einverstanden gewesen ist und daß die Oberste Heeresleitung diesem Standpunkt ebenso vollkommen beigetreten ist. Über Einzelheiten können ja im Einzelfalle da oder dort Meinungsverschiedenheiten auftreten, aber die Grundlinie ist die, die ich eben bezeichnet habe.

Im Anschluß daran ging der Reichskanzler auf die Beurteilung der

politischen Lage im Westen

ein und mache darüber vertrauliche Mitteilungen. Sodann sprach er von den Gründen, die zum

Rücktritt des Staatssekretärs von Kühlmann geführt haben. Er wies darauf hin, daß es keine sachlichen, sondern persönliche Gründe waren, die Herrn v. Kühlmann veranlaßt haben, um Enthebung von seinem Amt zu bitten. Der Reichskanzler sprach in warmen Worten von den Eigenschaften des Staatssekretärs, dessen politische Erfahrung, treffendes Urteil und unermüdliche Ausdauer und dessen Geschicklichkeit und Gewandtheit im Verhandeln er voll anerkannte. Er habe sich von ihm trennen müssen, da das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen ihm und anderen Faktoren nicht bestanden habe, ein Vertrauensverhältnis, das für eine reibungslose Führung der Geschäfte nicht entbehrt werden könne.

Der Reichskanzler fuhr dann fort:

Der Name des in Aussicht genommenen Nachfolgers des Herrn v. Kühlmann ist Ihnen bekannt.

Herr v. Hinze

ist ein sehr genauer Kenner der russischen Verhältnisse. Er ist vor dem Krieg aus der Botchaft in Petersburg beschäftigt gewesen. Er hat in dieser seiner Eigenschaft große Reisen durch Russland gemacht. Er ist mit den Verhältnissen und Personen in Russland sehr eingehend vertraut, was für die jetzige Lage von großer Wichtigkeit ist. Aber meine Herren, es versteht sich von selbst, daß ich meine Kontrahierung zur Ernennung des Herrn v. Hinze nur dann gebe, wenn Herr v. Hinze meine Politik macht und nicht seine eigene. Dafür habe ich aber bereits in den Zusagen des Herrn v. Hinze — die Grundlinie ist noch nicht erfolgt — meinerseits die feste Bürgschaft.

Ich mache die Politik.

Der verantwortliche Reichskanzler macht die Politik. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat lediglich meine Politik zu führen. Dafür ist der in Aussicht genommene, aber noch nicht ernannte Staatssekretär vollkommen durchdrungen. Meine Herren, ich glaube also, ein Grund zur Beunruhigung ist nicht vorhanden. Der Kurs, mit dem sich die große Mehrheit des Reichstages im November des vergangenen Jahres einverstanden erklärt hat, wird weitergeführt.

Die Aussprache der Parteien.

Der Abg. Gründer (Zir.) führte aus: Die Darlegungen des Kanzlers haben nach den letzten Vorberichten etwas Beruhigendes. Der Wechsel im Staatssekretariat sei an sich tief bedauerlich auch wegen des Eindrucks im Auslande. Die im November 1917 im Programm des Reichskanzlers gemachten Zusagen seien nicht erfolgt. Daß die Wahlkreisvorlage noch nicht verabschiedet worden sei, sei nicht die Schuld des Reichskanzlers. Ernsthaft Friedensvorschläge des Feindes müßten ernsthaft geprüft werden. Aber wir könnten unsere Friedensbereitschaft nicht immer wieder betonen und die einzelnen Bedingungen auch nicht einseitig öffentlich preisgeben und uns binden.

Abg. Scheidemann (Soz.) führte aus: Der Abgang Kühlmanns habe im In- und Auslande den schlechten Eindruck gemacht. Er stellte sich dar als Sieg der Eroberungs- und Machtpolitik. Wenn

nach den Darlegungen alles beim Alten bleiben soll, weshalb habe man den Staatssekretär nicht gehalten? Die Möglichkeit der Entlassung und die Ernennung des neuen Staatssekretärs ohne Befragung des Reichstages kann ich nicht für richtig halten.

Abg. Tischbein (Fortschr. Bp.) führte aus: Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, daß Kühlmanns Abgang nicht auf die Treibereien der Alldeutschen zurückzuführen ist, wie auch darüber, daß sein Nachfolger nicht auf Wunsch dieser Partei und mit Willen ihrer Politik ernannt wurde. Wenn der Kanzler seine heutige Zusage durchführt, so wird ihn meine Partei unterstützen, ebenso Herrn von Hinze, wenn er im Sinne seiner Politik handelt.

Abg. Graf Westarp (Kons.) erklärt die mitgeteilten Gründe für den Rücktritt Kühlmanns für durchschlagend. Dem inneren politischen Programm des Kanzlers kam ich nach wie vor nicht zustimmen. Die Antwort auf die Papstnote erschien mir niemals die geeignete für ein Regierungsprogramm. Selbstverständlich muß man auf jede ernste Anregung der Friedensverhandlungen eingehen, aber eine große Zurückhaltung im Aus sprechen dieser Bereitwilligkeit ist wohl zweckmäßig. Wie stehen dem neuen Staatssekretär ohne jedes Vorurteil guter oder schlechter Art gegenüber und wollen seine Politik abwarten. Wir wünschen, daß Herr von Hinze das engste Einvernehmen mit der Oberste Heeresleitung, auf das auch der Kanzler so entscheidendes Gewicht legt, aufrecht erhält. (W. B.)

Sch. Berlin, 12. Juli. (Privatell.) Aus parlamentarischer Quelle wird dem "Volksanzeiger" gemeldet: Man glaube, daß der Schluß der Aussprache im Hauptausschuß, wobei heute die Nationalliberalen, die Deutsche Fraktion und die unabhängigen Sozialdemokraten zum Wort kommen werden, auch das Ende der Krise bringen wird und daß der Kriegssredit am Samstag auf die Tagessordnung kommen wird, um von allen Parteien mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokraten genehmigt zu werden. (g. R.)

Admiral v. Hinze.

TU. Berlin, 10. Juli. In parlamentarischen und anderen politischen Kreisen wird geagt, daß Herr v. Hinze weniger als Kandidat der Militärkreise, als der Kandidat des Kaisers sei. Der Kaiser hat Herrn v. Hinze immer besonders protegiert und ihn auch in die Diplomatie gebracht, während das Auswärtige Amt sich zurückverhielt. Die Beichte, die Herr von Hinze seinerzeit aus Russland sondie, sollen den Kaiser günstig für ihn gestimmt haben. (B. L. A.)

T. Kristiania, 11. Juli. Des deutschen Gesandten von Hinze Abseits von Kristiania bedeutet für die deutsche Kolonie einen schweren Verlust. Er hatte durch sein frisches draufgängerisches Wesen neues Leben in das stagnierende Zusammengehörigkeitsgefühl gebracht. Er zeigte nicht die übliche, egläufige Zurückgezogenheit, sondern führte ein großes Haus, wo alle willkommen waren, die ernsthaft und ehrlich an den Aufgaben der Auslandsdeutschen mitarbeiten wollten. Hinzes Fortgang wird daher tief beklagt, und man hofft, daß sein Nachfolger sein Werk zur Tradition erheben wird. (Böll. Bg.)

— Berlin, 12. Juli. Wie die "Voss. Bg." hört, fand gestern beim Herrn v. Payer eine Besprechung statt, bei der eine Reihe von Reichstagsmitgliedern Gelegenheit hatte, sich mit dem Gesandten von Hinze auszusprechen.

Das Echo der Presse.

TU. Berlin, 11. Juli. Die fortschrittliche "Voss. Bg." schreibt: "Der Eindruck der Konsenserklärung im Hauptausschuß des Reichstags war in politischen Kreisen genau der erwartete. Keine der Mehrheitsfraktionen hielt den gegenwärtigen Augenblick für geeignet, eine Änderung in ihrer Haltung zur Regierung Hertling vorzunehmen. Die Verstärkung des Reichskanzlers, daß die inneren Reformen mit aller Energie durchgeführt werden sollen, und daß die äußere Politik sich weiter an die Note des Papstes hält, wird, sowie daß er in Übereinstimmung mit der Oberste Heeresleitung steht, bereit sei, am wirklichen Friedensvorschläge einzugehen, würde mit allseitiger Zustimmung aufgenommen. Der Kanzler sprach sich über die Frage, warum der Staatssekretär v. Kühlmann zurückgetreten sei, nicht voll aus. Aus seiner Darstellung gewann man aber den Eindruck, daß schon von Jahresbeginn, wenn auch teils grundlegenden Meinungsverschiedenheiten, so doch abweichende Ansichten über die Art der offiziellen Handlung der Außenangelegenheiten bestanden haben. Die Aussprache der Fraktionsführer läßt dahin charakterisieren, daß bis zur sozialdemokratischen Mehrheit hinüber der Wunsch besteht, daß die Regierung Hertling-Payer weiter das Vertrauen zu bewahren und zu wahren, bis sich der neue Mann, der die bindende Erfüllung abgab, daß er in jeder Hinsicht die bisherige Politik mitmachen wollte, am Werke gezeigt hat."

= Berlin, 12. Juli. „Schneller, als man allgemein erwartet hat“, schreibt das führende Zeitungsblatt, die "Germania". „Sie haben sich die politischen Wogen wieder geglättet nach der Erklärung des Reichskanzlers Grafen von Hertling, so daß bis zur sozialdemokratischen Mehrheit der Wunsch besteht, der Regierung weiteres Vertrauen entgegenzubringen und abzuwarten, wie sich der neue Staatssekretär durch die Tat bewähren wird. Da es in der Politik um die Sache und nicht um eine einzige Person geht, haben die Mehrheitsparteien nach der Aude des Reichskanzlers tatsächlich keinen Grund mehr, der Regierung ihr Vertrauen zu entziehen.“

Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" läßt aus: „Wenn die nähere Feststellung, daß sich die deutsche Politik nicht verändern werde, eine so tiefe und entscheidende Wendung ausüben könnte, so lag das zum Teil davon, daß es in den letzten Tagen unter dem verwirrenden Eindruck unkontrollierbarer Gründüche und übertriebener Wünsche die Tatsachen verschoben haben, und daß es der klaren Worte des Reichskanzlers bedurfte, um sie wieder zurechtzurücken. Diese Beleidigung auf das Selbstverständliche war nicht das einzige Moment, das die heilame Wirkung erzielte, auch was des Reichskanzlers Politik vorbrachte. Lang so überzeugend, war was von einer so natürlichen Sicherheit getragen und ehemal zuverlässiges Gefühl, daß der Eindruck nicht auslöschen konnte. Die Art vollends, in der Graf Hertling für die Reichsregierung, ebenso wie für die Oberste Heeresleitung eine Bereitschaft zeigte, auf jede ernste gemeinsame Friedensanfrage, aber nicht auf Agentenkrieg und Bauernkrieg, mit allem Ernst einzugehen, wird überall im Volke Beifall finden. Wir verpreisen uns vor der Wendung auch die beste Auswirkung bei denen im Amt und denen auf der anderen Seite.“

Der sozialdemokratische "Vorwärts" sagt: Graf Hertling hat den Besuch gemacht, das war durch die Ereignisse der letzten Tage aus den Augen geraten war, wieder einzutreten. Er hat dem Zensur erwünschte Gelegenheit gegeben, das Band, das es mit der Regierung verbindet, aufs neue zu festigen, und auch die Rede des Konservativen klang nicht so, als ob der Vertrauensmann der Volkspartei, Herr von Payer, daran dachte, aus der Regierung zu scheiden. Töre von Payer, daran dachte, aus der Regierung zu scheiden, die Erklärung des Reichskanzlers nicht befriedigend stand.

Der "Vorwärts" kommt dann auf die Stellung des sozialdemokratischen Fraktion zu den neuen Kriegskrediten zu sprechen. Die Fraktion hätte vor den neuen Ereignissen mit allen gegen 8 Stimmen die Bemäßigung der Kredite beschlossen, werde sich aber wohl mit der Angestenheit nochmals besinnen. Nur soviel möchten wir heute dazu sagen, daß die Partei noch wie vor zur Landesverteidigung steht, und daß sie ihre Stellung zu den gegenwärtigen Regierungskrediten durch die Erklärung Scheidemanns dargelegt hat: die Regierung könne sie den Staat nicht bewilligen. Als Minderheitsfraktion besitzt die Kreditablehnung nur die Bedeutung eines Bekenntnisses, daß man, je nachdem, als Bekenntnis gegen die Landesverteidigung und gegen die Regierung ausspielen würde. Ihre Zustimmung zu den Kre-

dien werde nunmehr als Fortsetzung ihrer bisherigen Politik, auf keinen Fall als Vertrauenskundgebung für die Regierung aufzufassen sein.

Italienische Ansicht.

WTB. Bern, 11. Juli. Die italienischen Blätter melden den Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann an erster Stelle. Sie stellen dieses Ereignis und die Wahl des Admirals v. Hinze zum Nachfolger als einen Sieg der Alldeutschen dar und sagen eine gewisse Reaktion dagegen voraus, namentlich seitens der Sozialisten. Die Stellung des Reichskanzlers, Grafen Hertling, gilt ihnen als unfeierlich. Sch. Zürich, 12. Juli. (Privatell.) Nach dem "Corriere della Sera" ist die Hoffnung auf eine gewöhnliche auswärtige Politik und die Möglichkeit zu Friedensverhandlungen unmehr völlig geschwunden und der Entente bleibe nichts anderes mehr übrig, als auszuhalten.

Französische Stimmen.

Sch. Genf, 12. Juli. (Privatell.) Der "Berl. Volks-Anz." meldet von hier: Clemenceau's "Homme libre" gibt der Überzeugung Ausdruck, daß das Leitwort "Krieg bis zur endgültigen Entscheidung" wieder gemeinsames Gut aller Kriegsführenden geworden sei. Ganz ebenso äußert sich "Matin" "Journal" und "Petit Parisien". Nach Depeches aus Washington herrscht darüber, ob Wilson irgend welche Folgerungen aus dem deutschen Ministerwechsel zu ziehen gedenkt, namentlich im Hinblick auf Sibirien noch Ungewißheit.

Deutscher Reichstag.

= Berlin, 11. Juli. Am Bundesstaatschiff Graf Röder. Schiffen. Präsident Lehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 30 Minuten.

Die zweite Beratung der Steuervorlagen wird mit der Umjagsteuer fortgesetzt.

Abg. Meissfeld (Soz.): Die Umsatzsteuer ist die einschneidendste aller neuen Steuern. Die Produktion wird verteuert, der Handel erschwert und isoliert, das ganze Wirtschaftsleben wird beeinträchtigt. Die Lebensmittel der breiten Masse dürfen nicht steuerlich so schwer betroffen werden, ebenso muß die Kohle frei bleiben. Die Aufsetzung einer besonderen Steuer auf den Verbrauch von Gas, Wasser und elektrischem Licht für die Gemeinden wäre höchst bedenklich. Dagegen könnte die Zugsteuer viel schärfer angezogen werden. Besser wäre vor allem eine geborgte Einkommenssteuer. Wir sind bereit, an der Ausbringung derartiger Mittel mitzuhelfen. Wir erkennen auch an, daß in die Umsatzsteuer sehr dringend benötigte Verbesserungen hinzugekommen sind. Diese reichen aber nicht aus. Das Gesetz ist der Anfang einer allgemeinen Produktionssteuer. Diesen Irrweg können wir nicht mitmachen. Wir sind daher gezwungen, dieses Gesetz abzulehnen.

Abg. Waldeck (Fr. Bp.): Die Selbstständigkeit ist ausschlaggebend für die Erhebung dieser Steuer. Danach müßte der selbstständige Provinzialfischer umzusteuer bezahlen, der angestellte Generaldirektor aber nicht. Entweder sollte man jede Erwerbsmöglichkeit, auch die Angestellten und Beamten, durch die Steuer erfaßt, oder aber man sollte sich auf einen wirklichen Warenumsatz beschränken.

Abg. Bernstein (U. Soz.): Dieses Gesetz bedeutet wiederum eine Besteuerung des Verbrauchs. Es wird für uns deshalb unannehmbar. Es hat auch alle Mängel einer indirekten Steuer und macht eine kostspielige Kontrolle notwendig, die viele Verfolgungen und Prozeße mit sich bringen wird. Für die Landwirtschaft werden weitgehende Privilegien geschaffen. Die Freilassung der freien Betriebe müßte auch darin festgelegt werden. Ich beantrage daher einen besonderen § 6a: Der Gewerbesteuer wird nicht zugerechnet. Privatleben, Rechtsanwälte, Notare und Schriftsteller.

Abg. Dr. Jänsch (RL.): Freilassung der freien Berufe geht aus dem Gesetz, zum mindesten aus der Ausschließung hervor.

Der Antrag Bernstein wird abgelehnt.

§ 1 wird in der Ausschließung angenommen. Bei § 2 wird ein sozialdemokratischer Antrag auf Freilassung der Umsätze von Kohlen, Holz, und Brennholz abgelehnt, weil ein sozialdemokratischer Antrag auf Freilassung von Reich, Bundesstaaten, Gemeinde und Gemeindeverbänden und gewerblich-wirtschaftlichen Unternehmungen wegen der Lieferung von Leistungsmaterial abgelehnt.

§ 3 besagt: die Steuer beträgt fünf vom Tausend des für die neuwpflichtige Leistung vereinbarten Entgeltes. Die Sozialdemokraten beantragen, hinzufügen: die Steuer beträgt eins vom Tausend für Getreide, Getreidefabrikate, Milch, Butter, Kartoffeln, Fleisch und Fett.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag mit 171 gegen 114 Stimmen abgelehnt.

Nach einem Kompromißantrag soll ein § 6a beiliegen: Bezieht eine Unternehmung aus mehreren verschiedenen vertriebenen Betrieben, zu denen der eine von ihm hergestellten Gegenstände an den anderen überliefern, so ist diese Lieferung, wenn sie 100 000 Mark übersteigt, umfahrtsteuerpflichtig.

Abg. Irz (Zentr.): Mit dieser Antrag wollen wir dem selbstständigen Mittelstand die Existenzmöglichkeit erleichtern. Nur mit diesem Mittelstandsantrag ist das Gesetz für uns annehmbar.

Abg. Fenzelstein (Soz.): Dieser Antrag ist volkswirtschaftlich unmöglich. Wir haben allen Anlaß, nach dem Kriege alle Kreise zu konzentrieren und nicht zu zerplatten.

Abg. Scheele (Kon.): Vom Standpunkt des Vorredners ist seine ablehnende Haltung durchaus zu verstehen. Wir wollen aber den Mittelstand schützen und erhalten.

Abg. Gotthein (Fr. Bp.): Der Kompromißantrag ist nur eine Gerechtigkeit.

Staatssekretär Graf Röder: Die Befürchtung, daß durch § 6a die Konsumvereine herangezogen werden würden, ist nicht sehr haltig.

§ 6 wird in der Fassung des Kompromißantrages angenommen. § 7 sieht erhöhte Steuern auf Luxusgegenstände, Edelmetalle, Perlen um vor.

Ein Antrag der Sozialdemokraten will Doublexemplare strafen. Abg. Bernstein (U. Soz.) begründet den Antrag, keine Partei und verlangt eine Erhöhung des Steuerjahres für Luxusgegenstände und Pelzarten.

Abg. Zimmermann (Nat.). beantragt, mechanische Instrumente freizulassen. Der Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten wird abgelehnt ebenso der Antrag Zimmermann (Nat.).

Bei § 17 (Verlegung von Büchern und Geschäftspapiere) bringt Abg. Waldeck (Fr. Bp.), den zweiten Absatz zu streichen, der auch den Angestellten Auskunfts pflicht auferlegt.

wießen hat als Vergütung für die Verwaltung, und Erhebung von 5 weiteren Prozent an die Bundesstaaten zur Überweisung an die Gemeinden, die für die Lebensmittelversorgung Einrichtungen getroffen haben. Wir sind bereit, dem Antrag Naden beizutreten.

Abg. Tunc (Platt): Wir stimmen dem Antrag Naden zu. Die Einheitsstaaten mögen es mit sich ausmachen, wie sie sich zur Umfrage stellen wollen.

Abg. Wazemuth (D. Kraft): Mit dem Ausschussschluss würde auch die eingestaatliche Warenhaussteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsregierung sein.

Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den jüdischen Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben wird, trifft nicht zu.

Der Antrag Naden wird angenommen.

§ 35 bestätigt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt.

Ein Antrag Bernstein (U. Sozd.), als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten einzulegen, wird abgelehnt.

Es bleibt beim Ausschussschluss.

Das Branntweinmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgezogen.

Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Abstimmung angenommen.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsausstattung für Zoll und Sicherheit in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsetats und einer Ergänzung des Belastungsgesetzes.

Die erste Lesung des von dem Hauptausschuß vorgelesenen Gesetzes und des Nachtragsetats geht ohne Ausprache vonstatten.

Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsetat werden angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Lehmann folgt vor, doch noch in die Beratung des Branntweinmonopols einzutreten und zwar die Redner § 1 zu hören, um die morgige Tagung zu entlassen.

Zur Materie sprechen noch die Abgeordneten Schwarze-Zippel (Benz), Bren (Sozd.), Dr. Bärwinkel (Nat.), Schoef (F. Amt.), Altenstein (Mann). (D. Kraft.), Bum (Sozd.) und Dies (Benz).

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt. Zukünftig Anträge, kleine Vorslagen und Petitionen, 3. Lesung der Staatsvorlagen bis auf das Branntweinmonopol. — Schluß § 9 Wtr.

* * * * *

Basel, 11. Juli. Im Hauptausschuß des Reichstages wurde heute die Beprüfung des Vertrages mit der Landesgesellschaft "Westmark" fortgesetzt. In der Abstimmung wurde die Entschließung "Haß" (Eßauer) im ersten Punkte gegen die Stimmen der Konservativen, im zweiten Punkte gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokratie angenommen. Diese Entschließung lautet: 1. Den zwischen dem Reich und der Landesgesellschaft "Westmark" am 27. Juni 1918 geschlossenen Vertrag aufzuheben, 2. der elsässisch-lorraine Regierung anheim zu geben, die Gründung einer elsässisch-lorraine Städtegeellschaft zu veranlassen, die unter Wahrung der berechtigten Landesinteressen den Erfordernissen des Reiches entspricht. (W.B.)

Das französische Echo der Haltung Scheidemanns.

WTB. Bern, 11. Juli. Mehrere französische Blätter befassen sich mit der vom Abg. Scheidemann angedrohten Ablehnung der Kriegsrede im Reichstage. Im "Savoir tout" steht Baronne sich auf einen vollkommen ablehnenden Standpunkt. Scheidemanns Tugend

technisch schreibt die "Humanité": Man habe zu lange darauf gewartet, als daß die Kreditverweigerung die bisherige Haltung der französischen Sozialdemokratie verwischen könnte. Man dürfe nicht mehr

anrechnen, daß dies die deutsche Regierung zur Vernunft bringe, sondern, aber wenn Scheidemann heute zur Opposition übergehe, so habe er unbestreitbar dem Drängen der großen Masse nachgegeben, was immerhin schon kennzeichnend sei.

Journal des Débats" schreibt, der deutschen Arbeiter seien allmählich die Augen auf. Scheidemanns Erklärung sei ebenso kennzeichnend wie Kühlmanns. Deutschland beginne, nicht mehr an den Sieg zu glauben. Das Blatt glaubt, die Haltung Scheidemanns sei durch die Furcht vor den Amerikanern veranlaßt worden.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Deutscher Heeresbericht.

WTB. Berlin, 11. Juli, abends. (Amtlich.) Von den Kampffronten nichts Neues.

Aus dem neuen Russland.

Zur Lage.

WTB. Moskau, 9. Juli. (Nicht amtlich.) Die Presse meldet: In den nächsten Tagen wird die Ankunft des englischen Botschafters Buchanan in Wolgograd erwartet.

Trotz soll auf dem allrussischen Kongreß der Sowjets erklärt haben, er habe Nachrichten, daß an der Front die Einheit der Sowjettruppen durch englische und französische Propaganda gelitten habe. Einzelne Teile der Truppen seien zum Feinde übergegangen. Der Kriegszustand wurde über die Birmantische und die Bahn Swanski erklärt.

Eine amtliche russische Darstellung des Moskauer Aufstandes.

WTB. Moskau, 11. Juli. (Nicht amtlich.) B.T.A. amtlich. Am 4. Juni wurde auf dem russischen Sowjetkongreß von der Mehrheit über 212 Stimmen die Zustimmung mit der ausdrücklichen Postifikat des Volkskommissars ausgeprochen, wodurch zugleich der Protest gegen eine Erneuerung des Krieges mit Deutschland zum Ausdruck gelangte.

Die links-sozialrevolutionäre Partei machte, gestützt auf die einige Tage vorher, aus Noworossijsk nach Moskau eingebrachte Abreise, den Aufruf, die sich geweigert hatten, die ihnen übertrauten Kriegsschiffe nach Sebastopol zu führen und statt dessen die Schiffe bei Noworossijsk verbleiben, den Versuch eines bewaffneten Aufstandes, wozu als Signal die Ermordung des deutschen Botschafters, Grafen Wirsbach, durch die Mitglieder der linken sozialrevolutionären Partei Andrejew und Blumkin diente.

Bewaffnete Abreihungen der links-sozialrevolutionären Partei befreilten die Post und den Telegraphen, sie verhafteten den Vorsitzenden des Moskauer Sowjets, Smidowitsch, den Vertreter des Volkskommissariats des Innern, Latis, und den Vorsitzenden der außerordentlichen Kommission des Kampfes mit der Gegenvolution Dierckjinski. Der Sowjet der Volkskommissare handte im Laufe des 6. Juli an die Arbeiter und die Moskauer Garnison einen Aufruf um Unterstützung des Sowjet von ganz Russland. Der Aufstand wurde vollkommen unterdrückt und einige hundert der noch am Leben gebliebenen Aufständischen verhaftet. Es ist eine besondere Untersuchungskommission unter dem Vorsteher des Volkskommissars der Justiz, Stubitsch, errichtet worden.

Die Kommission legt klar, daß die links-sozialrevolutionäre Partei, die nur während der Dauer von 2 Stunden den Telegraph in den Händen hatte, auf telegraphischem Wege in Petrograd und Tula einen Aufstand herzurufen versuchte und wunderliche Gerüchte über die Beziehungen der Sowjetregierung zu den Deutschen verbreitete, die im Stande waren, das Volksgemüth auszuwühlen.

Auf dem Kongreß der Sowjets war die Aufstandspartei in der Minderzahl vertreten, doch waren die Sowjetregierungen zweifellos

gestürzt worden, falls es möglich gewesen wäre, einen Erfolg zu erzielen.

Die Lage in Moskau.

T.U. Stockholm, 11. Juli. (Privat) Obwohl die Revolte der russischen gegenteiligen Elemente dank dem Eingreifen der in Treute bewährten lettischen Truppen und der Machtwirkung der ausgebildeten Artillerie der roten Garde im wesentlichen als überwältigt erachtet werden kann, ist eine völlige Ruhe in Moskau durchaus noch nicht hergestellt worden.

Den Aussagen des aus Moskau am Sonntag nach Warshaw zurückgekehrten früheren Kontrolleurs der Lodzer Eisenbahn, Norizki, wüteten die Kämpfe in den Straßen Moskaus mit

voller Härte bis Sonntag. Es war kein Anzeichen dafür vorhanden, daß die Ruhe wieder hergestellt werden könnte. Die Arbeiter haben sich im Gegenteil wieder zu neuen Kämpfen einzubringen. Norizki bestätigt, daß in Moskau täglich viele Personen am Hungertypus sterben. Bitterste Not macht sich im Mittelstande bemerkbar.

Paris und die Sozialrevolutionäre.

T.U. Rotterdam, 11. Juli. Man ist in Paris der Ansicht, daß die Haltung der russischen Sozialrevolutionären unter Savinkow die Kündigung des Vertrages von Brest-Litowsk forderte und man weiß auf die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung Englands hin, wodurch der Handel, den Deutschland mit den Bolschewiken einzuleiten wünscht, um die Ermordung Mirbachs auszubeuten, nicht erleichtert werde. "Petit Parisien" sagt, daß ein seit entlassenen deutsches Gelehrten und des Nachtragsetats geht ohne Ausprache vonstatten.

Nachtragsetat wird das Wort nicht verlangt. Das Branntweinmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgezogen.

Das Branntweinmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgezogen.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsausstattung für Zoll und Sicherheit in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsetats und einer Ergänzung des Belastungsgesetzes.

Die erste Lesung des von dem Hauptausschuß vorgelesenen Gesetzes und des Nachtragsetats geht ohne Ausprache vonstatten.

Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsetat werden angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Lehmann folgt vor, doch noch in die Beratung des Branntweinmonopols einzutreten und zwar die Redner § 1 zu hören, um die morgige Tagung zu entlassen.

Zur Materie sprechen noch die Abgeordneten Schwarze-Zippel (Benz), Bren (Sozd.), Dr. Bärwinkel (Nat.), Schoef (F. Amt.), Altenstein (Mann). (D. Kraft.), Bum (Sozd.) und Dies (Benz).

Die Bewachung der Murman-Küste.

T.U. Genf, 11. Juli. Der Sonderberichterstatter des "Tribunals" meldet: Der Petersburger Sovjet habe an alle Sovjets im Norden telegraphiert und ihnen die Bewachung der Murman-Küste vorgeschrieben. Die Eisenbahnen und Brücken müssen bemacht, die Reisenden untersucht und Gegenrevolutionäre verhaftet werden. Ferner wird die Bereitstellung der Roten Garde angeordnet. Die widerstreitende Bevölkerung wurde mit strengen Vergeltungsmaßregeln bedroht. (C. R.)

Vom Zaren.

WTB. Kopenhagen, 11. Juli. (Nicht amtlich.) "Berlingske Tidende" meldet aus Stockholm: Ein schwedischer Geschäftsmann, der dieser Tage aus Bern zurückgekehrt ist, teilte mit, der Zar lebe noch, und das Gerücht über seine Ermordung sei wahrscheinlich dadurch entstanden, daß eine Bombe in das Haus des Zaren geworfen wurde. Er selbst sei unverletzt geblieben, doch soll sein Sohn getötet worden sein.

Japan's Stellung in Ostasien.

T.U. Genf, 11. Juli. Die Stellung der japanischen Regierung zu den Vorgängen in Ostasien ist noch immer nicht geklärt. Gewisse japanische Blätter wollen wissen, ob die japanische Kronrat habe beschlossen, von irgendeiner Intervention abzusehen, während andere behaupten, daß er keine ablehnende Stellung beschlossen habe, sondern sich dahin äußerte, einen günstigeren Zeitpunkt zur Intervention abwarten zu wollen. (Dsch. Ztg.)

Die Türkei im Krieg.

Zur Haltung der Araber.

WTB. Konstantinopel, 11. Juli. (Nicht amtlich.) Der "Tonin" berichtet, daß die Araber sich mehr und mehr von den Engländern zurückzogen, da sie der Bedeutung und Willkür herrschaft der Engländer überdrüssig seien.

Die Deutschen in Jerusalem.

— Zürich, 12. Juli. Der "Neuen Zürcher Zeitung" zufolge meldet die in Damaskus erscheinende Deutsche Zeitung "Filderid": In Jerusalem sind die Deutschen in ihren Wohnungen belassen worden. Schule und Gottesdienst gehen unbehindert vor sich, ebenso dürfen die Schwestern des Stifts in Jerusalem bleiben, trotzdem der Stab des 20. englischen Korps dort in Quartier ist. (B. L.A.)

Der Krieg mit Italien.

Von der italienischen Front.

o. Zürich, 11. Juli. (Privat) "Corriere" meldet, daß an der italienischen Front zeitweilig Ruhe eingetreten sei, in der man nur Brotobote einer neuen Offensive auf beiden Seiten erblicken müsse. (G. K.)

Neuer Pump Amerikas an Italien.

= Berlin, 12. Juli. Laut "Berl. Vol.-Ans." bewilligte das amerikanische Finanzamt der italienischen Regierung einen weiteren Kredit von 10 Millionen Dollars. Damit ist die Summe aller amerikanischen Vorschüsse an Italien auf 660 Millionen Dollars gespiegelt.

Aus Belgien.

Die Aufschrift des belgischen Königsparades.

WTB. London, 11. Juli. (Nicht amtlich.) Reuter meldet noch über den Flug des Königs und der Königin von Belgien nach England, daß die Vorbereitungen dazu in aller Stille getroffen worden waren. Es wurden zwei Wasserflugzeuge benutzt, von denen jedes einen Passagier aufnehmen konnte. Der Flug über den Kanal ging ohne Zwischenfall vorstatten. Der König und die Königin landeten in einem englischen Hafen, wo für die Weiterfahrt Automobile bereit standen.

Holland und der Krieg.

Das neue Ministerium.

WTB. Amsterdam, 11. Juli. (Nicht amtlich.) Dem "Allgemeinen Handelsblad" zufolge wird möglicherweise schon binnen kurzem das Kabinett gebildet werden, das ausschließlich aus Mitgliedern der Rechten Parteien bestehen wird.

Amerika und der Krieg.

Übersicht auf den englischen Botschaften in Buenos Aires.

WTB. London, 11. Juli. (Nicht amtlich.) Die "Times" meldet aus Buenos Aires: Die Streikenden in Villa Constitución haben den britischen Botschaften überfallen und verwundet. Sie brachten ihn mit Gewalt nach dem Hauptquartier der Streikenden, wo er mishandelt wurde. Der britische Gesandte in Argentinien hat wegen des Vorfalls Protest eingelegt.

Ungarns Wirtschaftsbündnis mit Deutschland.

WTB. Budapest, 11. Juli. (Nicht amtlich.) Ung. Tel. Corr. Büro. Ministerpräsident Dr. Wekerle antwortete auf die am 26. Juni eingeholte Interpretation des Abg. Hugo Lehne (Karolinger-Partei) in der Angelegenheit des Getreides mit Deutschland und der landwirtschaftlichen Zölle:

Auf die Frage des Interpellanten, ob die Regierung das wirtschaftliche Bündnis derart wünsche, daß die landwirtschaftlichen Zölle nicht aufrecht erhalten werden könnten, erklärte der Ministerpräsident, daß diesbezüglich nur Verhandlungen stattgefunden haben. Die Absicht war jedoch, daß wenn wir mit Deutschland ein Bündnis abschließen, bezüglich der landwirtschaftlichen Zölle gegen seitige Zollfreiheit bestehen soll.

Auf die Frage des Interpellanten, ob die Industriezölle und ob der Ministerpräsident ein Anhänger des vollkommen freien Handels sei, erklärte der Ministerpräsident, daß bezüglich der Industriezölle niemals vollkommene Verkehrsfreiheit geplant war, vielmehr soll bezüglich jener Industriezweige, die für unsere Produktionsunternehmen wichtig sind, der Schutz erhalten, dieser Schutz auch künftig beibehalten werden.

Auf die Frage des Interpellanten, welche Stellung die Regierung gegenüber den bekannten Neuerungen des Botschafters von Rener einnehme, verwies der Ministerpräsident auf seine in dieser Angelegenheit bereits abgegebene Erklärung, daß die Journalisten gegenüber gemacht private Neuerungen v. Payers nicht als eine offizielle Kundgebung betrachtet werden könne. Auch handle es sich in dieser Erklärung nicht um aktuelle Politik, sondern um ein Endziel, das angestrebt werden sollte. "Wir können", sagte der Ministerpräsident, "nicht auf diesem Punkt stehen. Der Abschluß der Verträge wird ausführlich zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn geplant. Über Modalitäten, wie andere Staaten einbezogen werden könnten, das bisher keine Verhandlung stattgefunden. Ich verweise übrigens auf meine seinerzeit gemachten Darlegungen, daß die landwirtschaftlichen Zölle und bei den heutigen Getreidepreisen und insbesondere der außergewöhnlichen Beschränkungen des Getreideverkaufs und des hohen Transportzahls keinerlei Bedeutung haben. In Zukunft wird eine klare Richtung zur Gestaltung kommen, daß die zu hohen landwirtschaftlichen Zölle herabgesetzt werden. Wenn auch andere Staaten in das Bündnis einbezogen werden sollten, müßte dafür gesorgt werden, daß für unsere landwirtschaftlichen Ergebnisse das Abschlagsgebiet unter allen Umständen gewahrt bleibe.

Schließlich erklärte der Ministerpräsident, daß er die von dem Interpellanten gewünschte Entscheidung einer parlamentarischen Kommission, die über das Material und über den Verlauf der Verhandlungen mit Deutschland zu berichten hätte, nicht für zweckmäßig halte und verschaffte neuerlich, daß wenn die Frage zur Entscheidung gelangt, und endgültig Stellung genommen werden sollte, eine Meinungsumfrage der Fachkreise eingeholt werden würde.

Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde zur Kenntnis genommen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

= Stettin, 11. Juli. In einem kleinen Kasino am Ende der bekanntesten Promenade erhielt der Künstler Hans am Ende, der bekannte Worpysweder Maler, an einer bei einem Sturmangriff erhaltenen Verwundung. (F. Z.)

= Bern, 11. Juli. In Zürich starb der in Frankfurt a. M. geborene junge Bildhauer Otto Enders. (F. Z.)

Die Universität Dorpat.

Wandsprüche

passend für Hochzeit u. für alle Gelegenheiten. F. Kirechenbauer,
Karlsruhe, Kaiser-Wilhelm-Halle 9/II.

Bewahret einander vor Herzeleid. Kurz ist die Zeit, die Ihr zusammen seid. Denn ob auch viele Jahre Euch vereinen. Einst werden wie Minuten sie Euch scheinen. — Mit Rosen.

Prächtiger Zimmerschmuck! — Geschenkartikel aller Art. Photographicrahmen, Kassetten.

Oelsabrik Königsbach.

Verarbeitung von Oelsfrüchten:

Montag vorläufig für Mohn,
Dienstag bis einschließlich Samstag für Neps.



Kaiserallee 168.

— Telefon 3985.

Heute letzter Tag!

Die höchste Instanz.

Drama in 4 Akten.

In der Hauptrolle:

Engelborg Spangfeldt.

Albert und der falsche Max.

Lustspiel in 1 Akt mit

Albert Paulig.

Pinselpalz stiftet Unheil

und eine Ehe.

Komödie in 1 Akt mit

Lena Amsel.

Beim Johannesfall in den Radstättentauern im Winter. 8809

Naturaufnahme.

Letzte Vorstellung

abends von 9—11 Uhr.



Fußball.

Sonntag,

den 14. Juli 1918

Spieldort Beiterheim:

Vorentscheidungspiel

um die Südkreismeisterschaft

zwischen

F. B. Jussenhausen

und 8691

F. B. Beiterheim.

Beginn: 4 Uhr.

Spieldort des F. B.

F. C. Blankenfelde I

und II gegen

Karlsruhe I und II.

Beginn: 1/2 und 3 Uhr.



Odisséum.

Täglich

abends 8 Uhr

Sonntags 4 und 8 Uhr

Kleinkunst-Bühne

"Wien - München"

Nen! Die Neu-

Hochzeitsnacht.

Dienstag, 16. Juli

Vollständig

neues Programm.

Gebildete Dame ertheilt

Klavierunterricht

auf dem Hausbüro, vorsus-

weise Anfangsunterricht.

Angebote unter Nr. 822750

an die Geschäftsstelle der

"Bad. Presse" erbeten.

10000

Glühlampen,

120 Volt, 16—50 N.K.

für ab Lager hier lieferbar.

Grund & Oehmichen

Karlsruhe.

Karlsruhe (Waden).



Städtisches Konzerthaus.

Freitag, den 12. Juli 1918, 1/2 Uhr:

„Die lustige Witwe“.

F!

In treuer Pflichterfüllung fiel auf dem Felde der Ehre am 14. Juni unser lieber Bundesbruder

Architect Karl Maßhardt
Vizefeldwebel in einer Pionier-Kompanie
Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Kl.
Burschenschaft Tuisonia Karlsruhe.

Nachruf.
Den Helden Tod gestorben ist unser früherer Angestellter
Gefreiter
Otto Zemke
Inhaber des Hohenzollernschen Hauses mit Schwertern.
Wir betrauern in demselben einen durch seine Tugendhaftigkeit, Fleiß und Treue ausgezeichneten jungen Mann, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Firma Wilh. Zeumer
Grossh. Hoflieferant.

Todes-Anzeige.
Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere Schwester, Schwägerin und Tante

Sofie Butz
geb. Frank, verw. Bader
im Alter von 48 Jahren heute nacht entschlafen ist.

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen:
Karl Butz.
Karlsruhe, den 11. Juli 1918.
Trauerhaus: Zähringerstr. 71.
Beerdigung: Samstag 1/4 Uhr.

Danksagung. — Statt Karten.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die vielen herlichen Kranzpenden anlässlich des unerträglichen schweren Verlustes meines lieben Mannes, unseres treubesorgten, guten Vaters,

Christof Schwander
sprechen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank aus; insbesondere dem hochverehrten Herrn Oberhofprediger Fischer für seine trostreichen Worte, sowie der verehrten Direktion der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, seinen treuen Mitarbeitern, dem verehrlichen Männergesang- und Militärvorverein Karlsruhe für die letzte Ehre, welche sie unserem lieben Entschlafenen zuließen ließen.

Im Namen
aller trauernden Hinterbliebenen:
Wilhelmine Schwander
geb. Stöffler.

Karlsruhe, den 11. Juli 1918.

Trauerhüte
stets vorrätig.
Karlsruhe-Mühlburg
gegenüber der kath. Kirche. L. Weingand.

Trauerbriefe u. Danksagungskarten
werden rasch und sauber angefertigt in der Druckerei der „Badischen Presse“.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Verluste meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

Engelhard Steinbach
Maurermeister
sowie für die zahlreichen Blumenspenden und Begleitung zur letzten Ruhestätte sprechen wir unseren herzlichen Dank aus.

Karlsruhe, den 11. Juli 1918.

Jede schlechte Handschrift
wird in ganz kurzer Zeit zu einer schönen umgeschrieben. Selbst denjenigen, welche in Unordnung ihres Vertrages nur wenig die Geduld aufzuhalten, kann der beste Erfolg sicherstellen.

Deutsch, Latein, Runde-
Abendunterricht für Herren, Damen und Schüler. Nächstes
Adlerstraße 3,
8028 3. Stock.

Auto
ohne Bereifung 5. Kauf.
E. Sprecher,
Schenk 4. Murgtal.

Piano,
sowie Schreibmaschine beschaffungsbereit ist, zu kaufen gebracht. B22721
Kunzmann, Fabrikstraße 37, Tel. 1142

Gebr. Mandoline
zu kaufen gebracht. Angebote mit Preisangabe unter B22664 an die „Badische Presse“ erbeten.

J. Kübler,
Brunnenstraße 2.

Irios-Sandalen
eingetroffen.

A. Eisner
Kaiserstr. 70.

Telephon 1587.
Böhm.-u. Krautständer,
Waschzuber, Kübel
in jeder Größe, zu verkaufen, zu verkaufen.

Frauenhaare
und
Männer Schnitthaare
sowie Kub., Ros. und
Schmeinkarre
Kauf zu Höchstpreisen.
Süß-Sack und Mohs
produktion-Geschäft
Kerzner, Alberg, Weilamann & Co.
Karlsruhe, Amalienstr. 87
Teleph. 3729. 7876

Heirat.
Lützia, Geschäftsmann, auf 10. Christ., ehemals achtzigjährig, ohne Anfang, 30 Mille. Vorvermögen, auch mit einem achtzigjährigen, vermögendem Anerbieten möglichst mit Bild, unter ordentl. gegen. Beurkundung erwerben, verbr. d. u. Nr. B22650 die „Bad. Presse“ erbeten.

2 Deckstühlen
und 3 Kopfstühlen zu verkaufen.
Antr. unter B22759 an die Geschäftsstelle der „Bad. Presse“.

Geb. Gänsewin.
Konstanz a. B.

Schönes Privathaus
Kriegstr. 6 Zimmer, Bad, eicht. Bict., sehr preiswert zu verkaufen. Eine Wohnung kann sofort oder später bezogen werden. Angebote unter Nr. B22600 an die Geschäftsstelle der „Bad. Presse“ erbeten.

Bettkompl. 160 M. Waldbett, mit Matratze und Steifstuhl zu verkaufen. Preis 20 M. Herrenstr. 18, St. I. III. Nachtm. aufzutragen.

Zu verkaufen: ein Schreibtisch, ein Bischöfliches, eine Bischöfliche, ein Polsterbett, und Stühle. B22707

2 Deckstühlen
und 3 Kopfstühlen zu verkaufen.
Antr. unter B22759 an die Geschäftsstelle der „Bad. Presse“.

Geb. Connengarnitur
zu verkaufen. B22757

Wilmersdorff. 28, L.

zu verkaufen.

Näheres unter Nr. B22748 in der Geschäftsstelle der „Badischen Presse“.

Zu verkaufen: Landlitz-Eigenheim

An einem schön gelegene des badischen Oberlandes Markgräflerland Sachsenstraße 22, mit ausgesuchten Verpflegungsverhältnissen, ein schönes ländliches Anwesen, bestehend aus einem dreistufigen Wohnhaus, Bad und Zwiebeln, 2 neuwertigen Ställen, einer einfache Scheune mit Stallung, Waschstube, grohem Speicher, Holzschopf, Schweine- und Geflügelstallung, eine Wagenremise bzw. auch Automarke, dazu gehörig ein vorläufiger Garten, 5 Ar 30 qm.

Diese Liegenschaft ist in sehr gutem Zustand, wird umhandhaber im den billigen, aber teuren Preis von Mk. 50.000,— abgeben und ist sofort beziehbar.

Sie eignet sich sehr gut als Sommer-, vielleicht aber auch Reitstall durch die schöne Lage und Umgebung ein ständiges Annehmesheim. Nähere Auskunft erreichbar unter Nr. 8571 die „Badische Presse“.

auszuleihen.

Gesucht, befürwortet unter Nr. 8571 die „Badische Presse“.

Haus - Verkauf.

Ein in der Südmittelstadt

nahe der Elektrizitätsgesellschaft befindliches Gebäude, in gutem Zustand, ist im Innern halb leer zu verkaufen. Nur Selbstreflektanten wollen sich unter Nr. 8595 an die Geschäftsstelle der „Badischen Presse“ wenden.

Ein gebraucht, gut erhält.

Schlosserherd

sofort zu verkaufen.

Durlach, Hauptbahnhof, B22606 Konzession.

Gebraucht, schwarz.

Herd,

noch ohne Schiff, für 50

Mark zu verkaufen. B22721

Weinbrennerei

46, III.

Ein gebraucht, gut erhält.

Schlüsselherd

sofort zu verkaufen.

Durlach, Hauptbahnhof, B22606 Konzession.

Herd

mit Rohr und Emailleplatte,

wie neu, zu verkaufen.

B22724 Schuhstraße 55, II.

Herd, gut erhalten,

dieselbe zu verkaufen.

Wartbergstraße 27, 1. Stock.

Glastank, wie neu, zu verkaufen.

B22725 Schuhstraße 55, II.

1 Autop. - Bohrmashine

verschmutzt Nr. 2, 2-18 mm

spannend, nebst Eisenbohrer von 1/2 mm, gut erhalten, billig zu verkaufen. B22750a

Kapellenstraße 34, 1. Stock.

Zu verkaufen eine Mm.

angebote unter Nr. B22700 an die Geschäftsstelle der „Badischen Presse“ erb.

Brillant - Armreif,

versteckt im städt. Leibhaus

um 150 M. verkaufe den

Handschuh, um 100 M.

Angebote unter B22514 an die „Badische Presse“.

Ziehharmonika, guter-

halt, billig zu verkaufen.

B22703 Kapellenstraße 34, 1. Stock.

Hinter - Liegwagen,

weiß, zu verkaufen.

Bo. ab err. unter Nr.

B22729 in der „Bad. Pre-

ssen“.

Spinnwagen, gut erhalten,

zu verkaufen. Seitenbau, II. 1. B22708

Zirka 40 Liter Weinelli

(Zahnmesser) zu ver-

kauen. B22652

Pfeil, Lüttenthalstraße 4.

Wolfshund

preiswert zu verkaufen.

Baden-Baden.

Lanzenstraße 55, II.

Ein Rehwildhirsch

über das Thema

Der wirtschaftl. Aufbau nach dem Kriege

u. die internationale Deckung der Welt-

kriegskosten als Kriegsentschädigung.

Eintrittskarten zu Mk. 1,50, 1,-, unabh-

ängig ob 50 sind im Vorverkauf in der Musikal-

handlung Doerr (Ritterstr.), Müller (Waldrstr.), Zigar-

rensgeschäft Heller (Kaiserstr.) und an der Abend-

kasse erhältlich. 31744

Wieder eröffnet.

Dem geehrten Publikum zur Kenntnis-

doch ich das

Friseurgehäuse

von Herrn J. Amstowski, Adlerstraße 7.

Schloßstraße, heute, den 12. d. Mon., über-

nommen habe. Mein Besteht ist, meine

werte Kundchaft aufs bestreben zu be-

halten. B22787

Heinrich Cleve.

Email - Geschirr

werden dauerhaft repariert (nicht gelöste

Geschirr-Reparaturanstalt

Körnerstraße 38, im Hof. Telefon 142

Rösten jeder Art, fü-

llen, Böll, Bah-

und Eovo

liest rasch und billig

Kistenfabrik Karlsruhe

Kern, Werderstraße 87.

Ansichtskarten

Blumen-, Serien-, Landschafts-

-Soldaten-, Glückwunschkarten,

Postkarten, 100 versch.

Karten 2 Mk., in bess.

Ausführung 100 Karten 4 Mk.

in feiner Ausführung 50 Karten 3 Mk. Nachnahme,

Preis 100,- Schwarzw.

Laschenuhren

wenn auch reparatur-

diert, werden steck-

fest gekauft in

Weintraub

u. Verkaufsstelle

87

Residenz-Theater

Waldstraße

Nur noch heute.

Poldi Müller

in dem Film

Das Glück der

schönen Crescen-